



Julie Ricard/Unsplash

MORIA IST ABGEBRANNT, ABER NICHT VORBEI

Wie sich das europäische Grenzregime in Griechenland neu formiert

Das Lager in Moria war eine Reaktion auf die große Fluchtbewegung aus dem Kriegsland Syrien nach Europa 2015. Für die einen hat in diesem Jahr der längste Sommer der Migration stattgefunden, für die anderen die größte Geflüchtetenkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Schon bald danach hat die Europäische Union Gelder der Entwicklungszusammenarbeit in Mittel der Fluchtursachenbekämpfung umdeklariert. Menschen sollten gar nicht erst aufbrechen. An den Rändern der EU wurden sogenannte Hotspots errichtet. Dort müssen diejenigen bleiben, die dennoch ankommen, bis über ihr weiteres Schicksal entschieden wird. Die Hotspots sind Teil des EU-Türkei-Abkommens vom März 2016. Das abgebrannte Geflüchtetenlager Moria auf Lesbos war einer davon. Bis heute bieten die auf den griechischen Inseln geschaffenen Sonderrechtszonen den Rahmen dafür, die Entrechtung von Menschen auf der Suche nach Schutz und Teilhabe auf die Spitze zu treiben. Die COVID-19-Pandemie erwies sich als Gelegenheit, die Abschottungs- und Internierungsmaßnahmen auf Kosten der Menschenrechte zu legitimieren und voranzutreiben. Sie spielt der deutschen Bundesregierung, seit 1. Juli 2020 EU-Ratspräsidentin, bei der geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems in die Hände.

Unmittelbar nachdem die rechtskonservative Nea Dimokratia Mitte 2019 in Griechenland die Regierungsverantwortung übernommen hatte, setzte sie ihren restriktiven Kurs in der Flüchtlingspolitik um. Unter anderem kündigte sie die Schaffung geschlossener Einrichtungen mit Ein- und Ausgangskontrollen in ganz Griechenland an.¹ Insbesondere Letzteres konnte sie dank der COVID-19-Pandemie beschleunigt vorantreiben. Die Maßnahmen der griechischen Regierung stehen weitgehend mit dem in Einklang, was Deutschland mit der Neuausrichtung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) während seiner EU-Ratspräsidentschaft vorschwebt. Das zeigen Valeria Hänsel und Bernd Kasperek in ihrer kürzlich vorgelegten Studie „Hotspot-Lager als Blaupause für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems?“. Dazu gehört insbesondere die Ausweitung freiheitsentziehender Maßnahmen in „grenznahen Infrastrukturen der Internierung und Abschiebung“². Etwas, was durch die immer wieder verlängerten Ausgangssperren für die Lager, die angeblich der Corona-Prävention dienen, in den letzten Monaten verstärkt wurde.

Es geht um mehr als Corona-Prävention

Die bekannteste „grenznahe Infrastruktur der Internierung und Abschiebung“ war das kürzlich abgebrannte Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es ist gut, dass in diesem Elendslager kein Mensch mehr leben muss. Seit vielen Jahren schon waren die Zustände dort unhaltbar. Zuletzt war das Lager, das auf die Unterbringung von weniger als 3.000 Menschen ausgerichtet war, mit nahezu 13.000 Personen um ein Vielfaches überbelegt. Dann kam das Coronavirus. Alles wurde noch schlimmer. Angesichts von Gedränge und desolaten hygienischen Verhältnissen waren die Menschen im Lager der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Den Zustand im Lager noch unerträglicher machte eine immer wieder verlängerte Ausgangssperre, die nur für die Geflüchteten galt, während Lokalbevölkerung und TouristInnen schon lange wieder uneingeschränkt in Griechenland reisen durften. Als wenige Tage vor dem Brand erste COVID-19-Fälle unter den Geflüchteten bekannt wurden, kam es zu Protesten.

Inzwischen ist Moria komplett zerstört und die griechische Regierung hat ein neues Lager für die Menschen aus Moria errichtet, in das die meisten jedoch nur sehr zögerlich bzw. erst nach Aufforderung durch die Polizei gehen. Viele haben Angst, dass es sich um ein geschlossenes Lager handelt. Und dass sich wiederholt, was sie bereits kennen: Aus einer schlechten Übergangslösung wird ein noch schlechterer Dauerzustand. Eine Sorge, die sie – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen – mit vielen InselbewohnerInnen teilen. Dass sie durchaus berechtigt ist, bestätigen sowohl die Pläne der griechischen Regierung als auch die der EU-Kommission.

Es geht um mehr als humanitäre Hilfe für die Schwächsten

„Evakuiert Moria, verteilt die 13.000 in Europa oder – wenn ihr euch auf EU-Ebene nicht einigen könnt – holt sie alle nach Deutschland! Und zwar sofort!“ Mit dieser Forderung gehen die Seebrücke-Bewegung und andere mit Tausenden

von Menschen deutschlandweit unermüdlich auf die Straße. Richtig ist: Menschen in Not muss geholfen werden. Dass es andere nicht tun, kann keine Ausrede sein. Zu lange hat man die Menschen von Moria schon hingehalten und ihrer Rechte beraubt. Das reichste Land Europas ist in der Pflicht, sich nicht länger hinter einer „europäischen Lösung“ zu verstecken, sondern voranzugehen bei der Aufnahme. Doch ein humanitärer Ansatz ist nicht genug.

Denn das, was in den Hotspots geschieht, ist nicht nur aus humanitären, sondern auch aus rechtlichen Gründen nicht vertretbar. Grundlegender Rechte beraubt, sehen sich viele Geflüchtete gezwungen, alles dafür zu tun, um als vulnerabel eingestuft zu werden. Denn es sind schon lange nicht mehr ihre Rechte, die ihnen zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen. Die Menschen sind vielmehr einem Wettbewerb der Vulnerabilitäten unterworfen. Humanitäre Nothilfe vor Ort und die Aufnahme von Familien mit Kindern aus humanitären Gründen dürfen daher niemals als Antwort auf Moria genügen. Es muss immer auch darum gehen, das Recht auf Rechte zu verteidigen, das in Moria vor unser aller Augen unterhöhlt wurde und um das es auch in dem neu errichteten Lager auf Lesbos aller Voraussicht nach nicht gut stehen wird.

Es geht um mehr als eine andere Geflüchteten- und Migrationspolitik

Mehr als die anderen Hotspots hat Moria in den letzten Jahren internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Tausende von internationalen HelferInnen waren vor Ort, Hunderte von JournalistInnen haben berichtet. Doch ihre Weckrufe wurden überhört. Zu sehr hat man offenbar auf eine abschreckende Wirkung der Bilder aus dem Lager gehofft und sich gegenseitig die Verantwortung zugeschoben. Jetzt ist es höchste Zeit anzuerkennen: In Moria ist das EU-Türkei-Abkommen mit seinem Hotspot-Ansatz krachend gescheitert.

Moria macht exemplarisch deutlich: Es ist keine Lösung, Menschen dauerhaft in Lagern an den Rändern der EU anzusiedeln und Deals mit Despoten zu machen. Wer sich



„Evakuiert Moria, verteilt die 13.000 in Europa oder – wenn ihr euch auf EU-Ebene nicht einigen könnt – holt sie alle nach Deutschland! Und zwar sofort!“

auf dubiose Tauschgeschäfte mit unberechenbaren Autokraten einlässt, die Geflüchtete von Europa fernhalten sollen, erklärt Menschen zur Verhandlungsmasse und macht sich selbst erpressbar. Schon mehrfach hat der türkische Staats- und Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan infolge des EU-Türkei-Abkommens bewiesen, dass er sich nicht davor scheut, Geflüchtete als Druckmittel einzusetzen, zuletzt Anfang des Jahres, als er Tausende von ihnen an die Grenzen zu Griechenland bringen ließ. Gleichzeitig hat er die Grenze zu Syrien massiv hochgerüstet, sodass niemand mehr aus dem nach wie vor vom Krieg erschütterten Land in Richtung Türkei fliehen kann. Im syrischen Idlib sitzen nun Hunderttausende fest, ohne Schutz vor Bomben und dem Coronavirus. Eine Kettenreaktion, die nicht zuletzt auf das Konto des EU-Türkei-Deals geht. Dennoch wird dieser Deal im Hinblick auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems als Blaupause für ähnliche Abkommen mit anderen Ländern gehandelt. Neu ist dieses Vorgehen allerdings nicht. Längst nutzt die EU Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfefzahlungen als Druckmittel, um Kooperation bei der Steuerung von Flucht und Migration zu erzwingen. Sei es in der Zusammenarbeit mit einem der ärmsten Länder der Welt wie Niger oder mit dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Libyen, in dem MigrantInnen und Geflüchtete erwiesenermaßen in Folterlagern gefangen gehalten werden.

Es geht um mehr als schnelle Lösungen

Dem EU-Türkei-Abkommen und anderen vergleichbaren liegt die letztlich koloniale Idee zugrunde, man könne steuernd in Flucht- und Migrationsbewegungen andernorts eingreifen, ohne den jeweiligen Kontext zu berücksichtigen. Und ohne die eigene Beteiligung an fernen Ereignissen und Katastrophen anzuerkennen. So werden beim EU-Türkei-Abkommen die politische Gemengelage um die Türkei herum und die weitreichenden Folgewirkungen des Abkommens bis hin zum Mauerbau an der syrischen Grenze ausgeblendet. Das wiederholt sich in der Ignoranz gegenüber dem vielschichtigen geopolitischen und sozio-

ökonomischen Kontext, in dem die Länder der Sahelzone und Nordafrikas stehen. Gleichzeitig wurden an den EU-Außengrenzen Zonen des Elends und der Entrechtung geschaffen, deren restriktiver Charakter durch Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie noch verstärkt wird. Mit der gelegentlichen medienwirksamen Aufnahme einiger weniger besonders schutzbedürftiger Geflüchteter – bevorzugt kranker Kinder – in anderen europäischen Ländern, kommt man den Forderungen der Zivilgesellschaft nach kommunaler Aufnahme ein wenig entgegen und hofft dadurch, die Akzeptanz der entrechtenden und restriktiven Maßnahmen an und vor den EU-Außengrenzen zu erhöhen. Gleichzeitig treibt man eine willkürliche Spaltung der Geflüchteten in „wirklich Schutzbedürftige“ und Andere voran und untergräbt ihre Rechte.

Wenn Zustände wie in Moria der Vergangenheit angehören sollen, müssen wir akzeptieren: Schnelle und einfache Lösungen, ausgedacht in Brüssel oder Berlin, sind keine Grundlage für eine zukunftsweisende menschenrechtsbasierte Politik. Und Letztere wird es ohne fundamentale Veränderungen nicht geben.



Ramona Lenz

Die Autorin ist Referentin für Flucht und Migration bei der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international.

1 <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/griechenland-griechenland-2019>.

2 https://www.fnrw.de/fileadmin/fnrw/media/EU_Asyilpolitik/rfm-expertise-hotspots.pdf, S. 7ff.

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

3/2020



NO NEW NORMAL DIE WELT PROBT DEN AUSNAHMEZUSTAND

GESUNDHEIT VOR SCHULDENDIENST

Die globale Corona-
und Schuldenkrise

› Seite 2

ENDSTATION LIBERALISIERTE WELT

Treibt Corona die
Probleme des Welthandels
auf die Spitze?

› Seite 14

COVID-19 & DIE KRISEANFÄLLIGKEIT DES GLOBALEN ERNÄHRUNGSSYSTEMS

Chance für grundlegende
Veränderungen?

› Seite 17

UNTERBEZAHLT, UNPOPULÄR, WEIBLICH

In der Krise verhärten
sich Ungleichheiten

› Seite 29

ISSN 1864-0982